

A würden wir hier und heute nicht darüber reden. Die gesundheitlichen, gesellschaftlichen und auch psychosozialen Folgen sind bis heute immens und den Opfern – auch das ist schon geäußert worden – gebührt unser Respekt.

Damals wurde am 1. Mai in Hamburg vom damaligen Umweltsenator Curilla ein Krisenstab einberufen. Wie gebannt haben wir auf die Zahlen und Ergebnisse aus unserer Umgebung gewartet, nachdem uns unerwartet hohe Werte aus Bayern gemeldet worden waren. In der Folge setzte eine in der deutschen Öffentlichkeit durch Fakten und radiologische Kenntnisse nicht gerechtfertigte Verunsicherung und Verängstigung ein. Selbst einige Ärzte rieten damals Schwangeren zum Schwangerschaftsabbruch, eine aus der Rückschau durch nichts zu rechtfertigende Fehleinschätzung. Nicht den seriösen Fachleuten wurde geglaubt, sondern selbsternannten Pseudoexperten und Panikmachern.

Ich habe damals an Gutachten, unter anderem auch für die Gesundheitsbehörde in Hamburg, mitgearbeitet und potenzielle Strahlenexpositionen mit konservativen Modellen abgeschätzt.

(*Christian Maaß GAL: War also alles nicht so schlimm!*)

Ein Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde hat mit diesen Werten dann Tote durch Tschernobyl für Hamburg ausgerechnet. Auf meine Vorhaltung, dass man so etwas doch nicht machen könne, sagte er mir: Da halten Sie sich mal raus, davon verstehen Sie nichts, das ist Politik,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Was erzählt der denn hier!*)

B es geht darum, die Bundesregierung wegzukriegen und da ist jedes Mittel recht.

(*Antje Möller GAL: So eine peinliche Rede, ungläublich! – Jens Kerstan GAL: Das ist wirklich peinlich!*)

Mir hat die Gesundheitssenatorin Maring Leid getan. Mit so einer Zuarbeit ist es fast unmöglich, noch seriöse Entscheidungen zu treffen.

Wir haben nach wie vor ein Problem damit, über Risiken vernünftig miteinander zu reden und zu diskutieren. Jeder Raucher wird mittlerweile wissen, dass er ein erhöhtes Risiko eingeht,

(Zurufe von der GAL)

Lungenkrebs zu bekommen, aber das heißt nicht, dass er ihn tatsächlich bekommen wird. Dieses ist immanent bei dem Begriff Risiko immer ein Problem.

Wir haben bei der Strahlenwirkung immer zwei Aspekte zu sehen; Herr Petersen wird das wissen: den deterministischen, den sicheren, und den stochastischen, den unsicheren Wert, der mit Wahrscheinlichkeiten verknüpft ist. Für diese Ermittlung werden Qualitätsansprüche gestellt, Kontrollgruppen gefordert. Wenn ich eine Gruppe untersuche und eine erhöhte Lungenkrebsrate finde, wird erwartet, dass ich auch weiß, wie viele Raucher mit welchen Gewohnheiten in dieser Gruppe sind, bevor ich dieses seriös anderen vermitteln kann. Über so etwas gibt es Diskussionen und manchmal auch Streit. Mit diesen so ermittelten Risikozahlen anschließend Hochrechnungen vorzunehmen, ist unseriös und strittig.

Wir können aus diesen ganzen Erfahrungen

(*Nebahat Güçlü GAL: Welche Erfahrungen?*)

nur die richtigen Lehren ziehen, wenn wir redlich daran gehen. Es darf nicht verniedlicht werden, es darf aber auch nicht dramatisiert werden. Nur dann kommen wir zu vernünftigen Entscheidungen und vernünftige Entscheidungen sind in unserem gemeinsamen Interesse.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Maaß, in Ihrem Antrag auch über technische Risiken sprechen, dann ist das Potenzial zwar unbestritten, wir haben aber die Sicherheitstechnik. Technische Risiken lassen sich durch technische Sicherheitseinrichtungen auch reduzieren und am Ende müssen wir Risikovergleiche anstellen ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Dr. Stehr, Sie kennen das Risiko der roten Lampe.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dr. Diethelm Stehr (fortfahrend): ... und unter dem Strich abwägen und nur dann kommen wir zu vernünftigen Entscheidungen. – Vielen Dank.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Rede habe ich – ich möchte freundlich sein, Herr Stehr – einfach nicht verstanden.

(Beifall bei *Dr. Mathias Petersen SPD* und vereinzelter Beifall bei der GAL)

Ich weiß nicht, was das sollte, ich weiß nicht, was Sie aussagen wollten, ich weiß nicht, wie Sie in diesem Zusammenhang ein statistisches Experiment durchführen wollten; es war alles völlig daneben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber ich möchte noch auf drei andere Aspekte eingehen.

Erstens: Wo wären wir denn bei der Entwicklung erneuerbarer Energien, wo wären wir denn bei der Entwicklung von Einsparpotenzialen, wenn nur ein Teil dessen, was in die Sackgasse Kernenergie gesteckt worden ist – ich erinnere an den Schnellen Brüter, an die Brütertechnologie insgesamt – in diese andere Energiegewinnung gesteckt worden wäre? Wo stünden wir heute? Die Wirtschaft, insbesondere in Hamburg, stünde bei weitem besser da.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens ein Punkt, über den noch überhaupt nicht gesprochen worden ist: Energiegewinnung hat auch etwas zu tun – es sei denn, wir sprechen über erneuerbare Energien – mit Verknappung von Ressourcen. Welche Ressource steckt man denn in Kernspaltungsreaktoren? Und Uran ist weltweit fast noch knapper als Öl.

(*Hartmut Engels CDU: Unsinn! 200 Jahre reicht es mindestens!*)

– Das ist kein Unsinn. – Uran, das zu vernünftigen Preisen abbaubar ist und zu vernünftigen Preisen eingesetzt werden kann, wird schneller knapp und wenn wir weiter in diese Technologie einsteigen, geht es eher zu Ende und

A wird entsprechend teurer als Öl. Das heißt, wir würden uns auch an dieser Stelle, wirtschaftlich gesehen, wieder in die Abhängigkeit von anderen begeben, in der wir im Moment schon in Bezug auf die erschöpfbaren Energieressourcen sind. Auch hier wäre es ein weiterer Irrweg, dort weiter zu investieren.

Drittens: Wenn ich höre, dass die Laufzeit der jetzigen Kernkraftwerke verlängert werden soll, dann läutet bei mir im Hinterkopf: "und neue sollen gebaut werden". Wenn ich dann den Wirtschaftssenator höre, dass in die Erforschung weiterer Sicherheitstechnologien investiert werden soll, dann kann das nur denselben Zweck haben. Man muss aber auch berücksichtigen, wie die Entsorgung der ganzen Geschichte aussieht, was die in Wirklichkeit kostet und wer diese Kosten übernimmt. Dieser Punkt müsste näher betrachtet werden.

Alles in allem bleibt für mich unter dem Strich nur das Resümee, das auf diesem Button steht, das lautet: "ATOMKRAFT NEIN DANKE".

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Uldall und auch Herr Mattner, ich will auf einen Aspekt eingehen, den Sie eingefordert haben, nämlich die Frage nach den Alternativen zum Atomstrom. Die erneuerbaren Energien sind durchaus leistungsfähiger, als Sie es hier dargestellt haben. Es hat gerade gestern eine Veröffentlichung zum derzeitigen Ausbau der erneuerbaren Energien gegeben. Wenn Sie dieses Tempo nehmen und das fortschreiben, waren das im vorletzten Jahr bei Solar 600 Megawatt zusätzlich installierte Leistung, bei Windkraft 1800 Megawatt und bei Biomasse auch noch einmal einige hundert Megawatt. Bei Biomasse wird das in den nächsten Jahren sogar noch deutlich mehr werden.

B

Aber wenn wir nur mal einfach dieses Ausbautempo zugrunde legen, dann sind wir im Jahr 2016 bereits bei einer Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, die höher ist als das, was Atomenergie jährlich zu seiner besten Zeit ins deutsche Netz eingespeist hat. Das heißt, im Jahr 2016 können wir bereits alle Atomkraftwerke durch erneuerbare Energien ersetzen. Und wenn fünf Jahre später, im Jahr 2023, hoffentlich das letzte Atomkraftwerk auch wirklich vom Netz geht, dann werden wir natürlich mit erneuerbaren Energien auch fossile Ressourcen ersetzen können. Wenn Sie noch dazunehmen, was an Einsparungen alleine dadurch möglich ist, dass wir im gleichen Zeitraum Energieeffizienzmaßnahmen ergreifen, dann erreichen Sie alleine durch Energieeinsparungen und erneuerbare Energien die Kyoto-Ziele, und zwar ohne dass Sie von Atomkraft abhängig sind. Herr Mattner und Herr Uldall, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie im Übrigen die abgedruckten Atomkraftwerke länger am Netz lassen, dann ist das nicht nur eine Gefahr für die Sicherheit – Sie wissen nicht, wohin mit dem Atommüll, mein Kollege Kerstan hat das angesprochen –, sondern auch eine Barriere für neue Energien, auch für effiziente fossile Kraftwerke. Kein Kraftwerk, egal welches, kann zu so günstigen Konditionen Strom produ-

zieren wie ein abgedrucktes Atomkraftwerk. Dagegen kann man nicht an, da werden Sie keine Investoren finden, die für diesen Zeitraum Geld in die Hand nehmen, um damit zu konkurrieren. Deswegen verhindert die Verlängerung der Laufzeiten sogar noch den Einstieg in die erneuerbaren Energien und in die Energieeffizienz.

C

Nehmen Sie einmal den Punkt Arbeitsplätze; Herr Mattner, Sie hatten das angesprochen. Sie haben gesagt, in Deutschland gäbe es derzeit ungefähr 660 000 Arbeitsplätze in der Strombranche. Ein paar Dutzend kennen Sie wahrscheinlich ganz gut, Ihr Kollege Laurenz Meyer ist auch einer von denen. Er sitzt für Sie im Bundestag, ist wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und wurde noch bis vor kurzem von RWE bezahlt. Ein paar dieser Arbeitnehmer kennen Sie ganz gut und da wundert es mich, ehrlich gesagt, auch nicht, welche Energiepolitik Sie hier betreiben, wenn Sie solche Leute haben, die die Energiepolitik für Sie machen. Aber was sind denn die übrigen, die nicht von RWE bezahlt werden und im Bundestag sitzen?

(Dr. Andreas Mattner CDU: Wer wird von wem bezahlt?)

170 000 von diesen Leuten sind in den Branchen der erneuerbaren Energien tätig und davon viele, viele hundert, sogar bis zu 2000, in Hamburg und das müssen wir fördern. Wir müssen doch die heimischen Energieträger fördern und dafür sorgen, dass nicht jährlich 53 Milliarden Euro für den Import von Uran, Öl, Gas oder Kohle aus der Volkswirtschaft ins Ausland fließen, sondern wir wollen möglichst viel von diesem Geld in unserer Volkswirtschaft behalten. Genau das ist doch der Clou, wenn wir über Arbeitsplätze und erneuerbare Energien reden, dass dieses Geld in Deutschland angelegt wird und deutsche Arbeitsplätze schafft, unter anderem in Hamburg, und das haben Sie ein bisschen vergessen, Herr Mattner.

D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Engels.

Hartmut Engels CDU: Frau Präsidentin! Ich will kurz auf einen Punkt von Herrn Kerstan eingehen. Sie haben behauptet, in der CDU denke niemand über die Klimakatastrophe, über alternative Energien und so weiter nach. Als ich noch in der Jungen Union gewesen bin – das ist also sehr, sehr lange her und da gab es die Grünen noch gar nicht –, da hatten wir in Regensburg einen so genannten Deutschlandtag der Jungen Union. Wissen Sie, um was es da ging? Da ging es um die Schadstoff-freihaltung der Luft und das ist auch ein Thema der Klimapolitik.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Sehr weit sind Sie damit nicht gekommen!)

Da gab es die Grünen noch gar nicht und wir hatten das Thema schon. Im Übrigen auch die Sozialdemokraten, Willy Brandt zum Beispiel. Verbreiten Sie hier bitte keine Märchen, es ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt – und deswegen bin ich vor allen Dingen nach vorne gegangen – zu den Äußerungen von Herrn Maaß,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das war maßlos!)